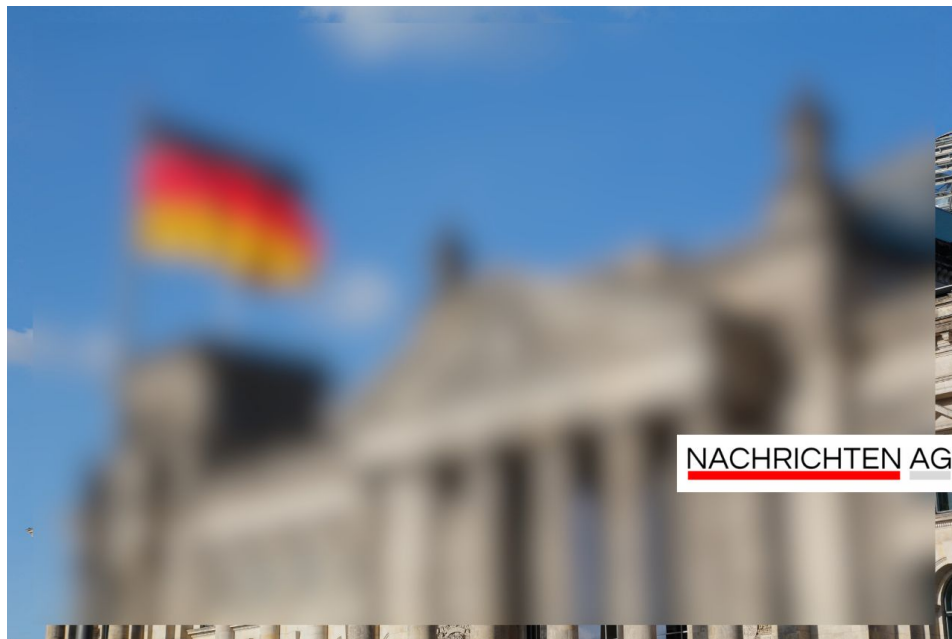


Lubmin: Atomabfälle sicher entsorgen EWN plant neue Mega-Projekte!

Die EWN in Lubmin arbeitet seit den 1990ern am Rückbau kerntechnischer Anlagen, um radioaktive Abfälle sicher zu entsorgen.



Lubmin, Deutschland - In Lubmin wird an einem umfangreichen Rückbau von kerntechnischen Anlagen gearbeitet, der noch bis ins nächste Jahrhundert dauern wird. Die **Ostsee-Zeitung** berichtet, dass die Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (EWN) maßgeblich an diesem Prozess beteiligt sind. Mit etwa 900 Mitarbeitern ist EWN ein wichtiger Akteur im Rückbau westdeutscher Atomkraftwerke und nutzt dabei das Know-how privater Betreiber, um eine sichere Entsorgung von radioaktiven Abfällen zu gewährleisten.

Die Hauptaufgabe von EWN besteht in der Dekontamination der Kernkraftwerke in Greifswald und Rheinsberg. Der Rückbau dieser Anlagen läuft bereits seit Ende der 1990er Jahre, und von

insgesamt 600.000 Tonnen Reststoffen wurde weniger als die Hälfte erfolgreich dekontaminiert. Ein Ende der Arbeiten ist noch lange nicht in Sicht, und die Herausforderungen gestalten sich als komplex. Dabei stehen der Schutz von Mensch und Umwelt an erster Stelle, wobei alle Arbeiten dem Atomrecht unterliegen und strengen Auflagen der Bundes- und Landesbehörden unterstehen.

Rückbau und neue Infrastruktur

Die EWN plant den Bau einer neuen Zerlegehalle, um Großkomponenten wie Reaktordruckgefäße und Dampferzeuger effizient zu bearbeiten. Diese Zerlegehalle wird im hohen zweistelligen Millionenbereich kosten und soll Ende des Jahres in Betrieb gehen. Zudem entsteht ein Betonbearbeitungszentrum (BBZ) zur Verarbeitung von Betonresten des Kraftwerks. Ein weiteres Projekt ist das neue Hochsicherheitslager namens Estral, das für hoch radioaktive Abfälle und Kernbrennstoffe gebaut wird und eine Höhe von 24 Metern sowie eine Länge von 130 Metern haben wird.

Die Kosten für das Estral-Lager werden im niedrigen dreistelligen Millionenbereich veranschlagt. EWN hat außerdem eine Genehmigung zur Dekontaminierung von verstrahltem Material aus Drittherstellerquellen, jedoch nur in sehr geringen Mengen. Die Rückbauarbeiten sind nicht nur zeitaufwendig, sondern auch kostenintensiv. Betreiber von Kernkraftwerken sind verpflichtet, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) jährlich Rückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Verpackung radioaktiver Abfälle zu übermitteln. Diese Maßnahme dient der Transparenz über die Finanzierung der zukünftigen Ausgaben und ist Teil des Transaktionsgesetzes vom 27. Januar 2017.

Finanzierung und Verantwortung

Die Verantwortung für die Kosten der Stilllegung und des Rückbaus von kerntechnischen Anlagen liegt bei den Betreibern.

Diese müssen über 24,1 Milliarden Euro für Zwischen- und Endlagerung bereitstellen. Dieser Betrag wurde in den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung übertragen, um die zukünftigen Entsorgungsverpflichtungen zu sichern. Die **BAFA** prüft die Informationen der Betreiber und die Ergebnisse fließen in den jährlichen Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag ein.

EWN verfolgt eine Strategie, die darauf abzielt, den Rückbau so effizient wie möglich zu gestalten. Dabei müssen starke Kontamination und die sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle stets kontrolliert werden. Laut **EWN** selbst können im Schnitt nahezu drei Viertel der anfallenden Massen schadlos weiterverwertet werden, während der verbleibende Rest als radioaktiver Abfall behandelt werden muss.

Die Bedingungen und Anforderungen an den Rückbau sind somit nicht nur eine Herausforderung für die EWN, sondern auch für die gesamte Branche, die an der sicheren Energiestrategie Deutschlands mitwirkt. Der Rückbau erfordert umfassende Fachkenntnisse und betreut einen Prozess, der Sorgen um Gesundheit und Umwelt in den Vordergrund rückt, während gleichzeitig zahlreiche Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ort	Lubmin, Deutschland
Quellen	• www.ostsee-zeitung.de • www.ewn-gmbh.de • www.bafa.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net